



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/V/43

20. Februar 1950

Richter Pauliks Einstellung

Von Dr. Adolf Arndt, M.d.B.

Die Vorwürfe der SPD gegen den Vorsitzenden im Hedler - Prozess, Landgerichtsrat Paulik in Weimünster, sind nach sorgfältiger Prüfung sowie in genauer Kenntnis des Wortlauts seiner mündlichen Urteilsbegründung erhoben worden. Denn in dieser einwandfrei mitstenografierten Urteilsbegründung hat Paulik insbesondere folgendes erklärt:

"Gewiss, der Angeklagte (Hedler) mag der Auffassung sein, und diese Auffassung ist ja von vielen vertreten worden, dass die Judenfrage damals in Deutschland einer Lösung harrete und am besten gelöst worden wäre im Wege einer Auswanderung nach einem zu schaffenden selbständigen Staat Palästina - eine ganze Reihe von Zeugen hat mir auch bekundet, dass sie die Ausführungen des Angeklagten in diesem Sinne verstanden hätten... Wie hätte sich denn der Angeklagte ausdrücken sollen, als er in seiner Rede, angeregt durch die Äußerung Dr. Schumachers, auf das Judenproblem zu sprechen kam? ... Ein blosses Nichtanerkennen, ein blosses Nichtgeltenlassen von Menschen oder Menschengruppen ist noch niemals eine Beleidigung im Sinne des § 185 des Strafgesetzbuches".

Der Richter hat also im Sinne der Rassenlehre von einem angeblichen Judenproblem genau in gleicher Weise gesprochen wie vor

1933 die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen. Obgleich das Banner Grundgesetz und alle deutschen Landesverfassungen in

der feierlichsten Weise verkünden, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich seien und - wie Artikel 3, Abs. 3 des Grundgesetzes

ausdrücklich betont, niemand wegen seiner Abstammung oder seiner Rasse benachteiligt werden darf - hat Paulik den Deutschen, welche

jüdischer Abstammung sind, ihr Deutschtum und ihr Heimatrecht, ja überhaupt ihre Gleichberechtigung abgesprochen, hat Paulik geleug-

net, dass es eine ganze Menschengruppe in strafbarer Weise diffamiere, wenn man sie, wie er sich ausgedrückt hat, einfach nicht

gelten lasse. Durch diese ausdrückliche Urteilsbegründung hat Paulik dem Angeklagten Hedler einen Freibrief dafür ausgestellt, dass

er einer ganzen Menschengruppe in Deutschland die Bürger- und Menschenrechte absprechen dürfe, ohne dass darin eine Beleidigung

dieser Gruppe zu erblicken sei.

Hinsichtlich der Beleidigung aller Widerstandskämpfer hat Paulick nach dem zuverlässigen Stenogramm über seine Urteilsbegründung zugestanden:

"Dass der Angeklagte (Hedler) die Widerstandskämpfer als Vaterlandsverräter und Lumpen bezeichnet hat, wird in dieser Form von dem Zeugen Fischer ausser von dem Zeugen Spassen bekundet. Daneben spricht noch der Zeuge Praetorius davon, der Angeklagte habe die Widerstandskämpfer vaterlandslose Gesellen genannt, während der Zeuge Heinrich Hoffmann bekundet, er habe ihnen Landesverrat vorgeworfen".

Trotz dieser Aussagen von vier Zeugen will Paulick nicht wahrhaben, dass die Ausdrücke "Vaterlandsverräter" und "Lumpen" gefallen seien. Es kommt aber darauf nicht einmal an. Denn Paulick selbst fährt in seiner mündlichen Urteilsbegründung folgendermassen fort:

"Hierzu stellt das Gericht aufgrund der Beweisaufnahme folgendes tatsächlich fest:

Der Angeklagte (Hedler)...hat zum Ausdruck gebracht, dass, während bei uns die Widerstandskämpfer verherrlicht würden, das Ausland seine Widerstandskämpfer - soweit sie mit dem Feinde zusammengearbeitet haben - als Landesverräter bestraft habe. Er hat hinzugefügt, dass wir im Grunde genommen keinen Anlass haben, sie anders zu behandeln...

Und schliesslich hat der Angeklagte seiner Überzeugung dahin Ausdruck gegeben, dass auch diesmal nicht nur Erschöpfung, sondern auch Verrat zu unserem Untergang beigetragen habe.

...Nach den getroffenen Feststellungen hat der Angeklagte nur von denjenigen Widerstandskämpfern im Zusammenhang mit Landesverrat gesprochen, die mit dem Ausland zusammengearbeitet haben".

Dies trifft bekanntlich für alle Widerstandsgruppen zu, da sie mit Recht den wahren Feind der deutschen Nation und den übelsten

Landesverräter der Geschichte in Adolf Hitler sahen. Auch die Offiziere, die Männer des 20. Juli und die Kreise der Bekennenden Kirche haben Verbindung mit dem Ausland aufgenommen, um das deutsche Volk vor der Vernichtung durch einen wahnsinnigen Verbrecher zu

bewahren. Paulick gesteht also in seiner mündlichen Urteilsbegründung ausdrücklich zu, dass der Angeklagte Hedler allen diesen um

die Rettung des deutschen Volkes und des deutschen Staates besorgten Männern Verrat vorgeworfen habe, aber Paulick behauptet gleich-

zeitig, dass eine solche Diffamierung keine Beleidigung wäre, sondern angeblich die Ausübung eines Rechtes, ja sogar einer Pflicht

zur freien Meinungsäusserung. Paulick meint, dieselben Methoden fortsetzen zu können, mit denen die deutschnationalen Richter in

der Weimarer Zeit den Reichspräsidenten Ebert wegen angeblichen Landesverrats diffamierten oder leugneten, dass die Bezeichnung

"Juden-Republik" eine Beschimpfung der Demokratie sei.

Dass der frühere Ministerpräsident Steltzer vom Angeklagten Hedler als "Vaterlandsverräter" beschimpft wurde, haben nach Paulicks ausdrücklichen Feststellungen in der mündlichen Urteilsbegründung

"ausser dem Zeugen Fischer, nur noch die Zeugen Spassen, Heinrich Hoffmann und Dr.Schmidt bekundet".

Also vier einwandfreie Zeugen. Paulick war sich auch darüber klar, dass an der Glaubwürdigkeit dieser vier Zeugen nicht gedeutelt werden konnte; denn er selbst hat dazu in seiner mündlichen Urteilsbegründung weiter erklärt:

"Das Gericht hat dabei keineswegs verkannt, dass besonders den Aussagen von Hoffmann und Dr.Schmidt besondere Bedeutung beigemessen werden muss, und zwar deshalb, weil Hoffmann bekundet hat, er sei über diese angebliche Äusserung des Angeklagten deshalb so besonders erbost gewesen, weil er Steltzer für einen politisch unantastbaren Menschen halte, und Dr.Schmidt, weil er bekundet hat, diese Äusserung des Angeklagten sei besonders im Gedächtnis haften geblieben, weil er sich über diese Äusserung besonders geärgert habe".

Wenn Paulick sich darauf zu berufen sucht, dass "alle übrigen Zeugen" diese Bekundung nicht bestätigt haben, so weiss er als erfahrener Richter, dass die Feststellungen von vier einwandfreien Zeugen dadurch nicht widerlegt werden.

Es wäre also falsch, anzunehmen, das Gericht habe Inhalt und Sinn der Einfelder-Rede Hedlers nicht mehr aufklären können. Die eigenen ausdrücklichen Feststellungen des Gerichts hätten zu einer schweren Bestrafung wegen Beleidigung und übler Nachrede zwingen müssen.

- o - c -

Patenschaft der Industrie

De Gasperis neue Wegstrecke

LAM Rom, Mitte Februar

Eindeutiger als bei früheren Regierungsbildungen hat bei dem sechsten Kabinett de Gasperi die Industrie Pate gestanden. Wenn

viele Beobachter gegen Ende des vergangenen Jahres den oft fast sozial-revolutionären Äusserungen des sicherlich besten Propagan-

disten der katholischen Kirche, Pater Lombardi, grossen Wert beizumessen, so bestätigt das neue Kabinett de Gasperis diese Linie

nicht. Der linke Flügel der Democrazia Cristiana ist praktisch ausgebootet. Und nicht zu Unrecht stellte Enrico Parri auf den Kon-

gress der Federazione Italiana dei Lavoratori in Neapel fest, dass inzwischen manche Position für die Arbeiterbewegung verloren ge-

gangen sind.

"Besser mit de Gasperi in Italien, als mit Stalin in Russland" - dieses Wort Caninis als eines hervorragenden Vertreters der

nicht-kommunistischen Gewerkschaften kennzeichnet die Auffassung der weitaus überwiegenden Mehrheit des gesamten Volkes, soweit

es überhaupt Stellung bezieht. Aber dies Wort hat auch den Sinn, dass Italien nur die Wahl zwischen zwei ungleichwertigen Übeln hat.

Die schleichende Krise der ungelösten sozialen Frage, die politisch von den Kommunisten immer wieder ausgenutzt werden kann und seit

der erzwungenen Bodenreform in Kalabrien zu ständig neuen blutigen Zusammenstößen führt, bleibt der entscheidende Faktor für die

weitere Entwicklung. Missiroli geht im "Messaggero" so weit, zu sagen, dass Liberale und Sozialdemokraten jetzt die Aufgabe hätten,

die grosse Masse des kleinen Bürgertums gegen die Geldpolitik der herrschenden Schicht zu verteidigen. "Il Mondo" schreibt: "Unsere

Demokratie bietet das Bild eines Weges, auf dem ein einziger Favorit läuft; die anderen machen den Eindruck von Komparnen, die nur

dazu da sind, der Öffentlichkeit glauben zu machen, es handele sich um einen Wettlauf". Die Kommunisten befinden sich nicht auf

diesem Weg der Demokratie.

In gleicher Weise bedeutsam ist eine Versteifung des Gegensatzes zwischen Nord- und Süditalien. "Il Mondo" spricht dabei

von einem Alarmsignal für das Italien des 18. April und die damals entstandene Konzeption und meint, dass eine demokratische Konsolidierung und damit die ganze politische Zukunft Italiens erneut

zur Debatte gestellt würde. Die kommunistische Wählerarbeit hat Erfolge vor allem in Süditalien aufzuweisen, Das äussere Verwaltungsmonopol der Regierungspartei ist seit dem Wahlsieg zunehmend er-

starrt und unbestritten wächst das nationalistische Element im Süden. Reorganisationsversuche des MSI, der neofaschistischen Bewegung, und seine zukunftssträchtigen Fühlungen mit Finanzkreisen

sowie Umstellung der Propaganda auf Massenwünsche wie Frieden, Sozialpolitik, Mitspracherecht von Betriebsräten usw. sind vor allem in Süditalien zu verzeichnen. Liberale, Monarchisten und MSI be-

mühen sich um die unzufriedenen antikommunistischen Massen im Sinn einer "Dritten Kraft", nachdem die Spaltungen des sozialistischen Elementes unheilbare Verwirrung angerichtet haben.

Ge gegenüber einem allzu mächtigen Staat und einer konfessionellen Regierung, die auf eine totale Klerikalisierung des Landes

hinarbeitet und den hegemonialen Einfluss privater Industrie- und Finanzgruppen fördert ("Il Mondo"), wächst jedenfalls die Kritik.

Die starke Polizeimacht Scelbas, die Aussenpolitik Sforzas, die Manövrierfähigkeit de Gasperis, seine Reformpläne und Stabilisierungspolitik, hatten zweifellos gewisse Erfolge vor allem gegenüber den kommunistischen Versuchen, die Gewalt an sich zu reißen. Die kommenden Regionalwahlen werden erkennen lassen, ob "Dritte Kraft" in Italien Rechtsradikalismus oder wahrhaft demokratische Alternative bedeutet.

- 0 - 0 -

Landarbeiterlöhne - eine Kulturschande

Der 1. Vorsitzende der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Friedrich G r e v e, wendet sich "an alle die Stellen, die bisher mit verbundenen Augen und zugeknöpften Brieffaschen an dem Problem der Landarbeiterlöhne vorbeigegangen sind". Es herrschten Zustände in der Landwirtschaft - führt der Verbandsvorsitzende aus - wie sie im vorigen Jahrhundert in Teilen Ostelbiens möglich waren. Dafür tragen sowohl die Bauernverbände, als auch die parlamentarischen Körperschaften die Verantwortung.

arbeitsminister

"Wie lange will der Herr Bundesarbeitsminister dieser Entwicklung noch tatenlos zusehen? Oder ist es nicht eine Kulturschande, wenn beispielsweise der Landarbeiter über 21 Jahre in der Lohngruppe I im Lohngebiet III bei 200 Arbeitsstunden ein Brutto-Einkommen von monatlich 110.-- DM hat, im Lohngebiet II ein solches von 114.-- DM monatlich und im Lohngebiet I von monatlich 120.-- DM? Von diesen Bruttolöhnen zahlt der Arbeiter aber auch noch seine Sozialabgaben, die immerhin im Schnitt monatlich 12 - 14 DM betragen. Demgegenüber erhält ein Wohlfahrtsempfänger mit drei Kindern, die man als Durchschnitt bei einer Landarbeiterfamilie annehmen muss, im gleichen Gebiet eine Barauszahlung von 105.-- DM. Hier tritt die grosse Verantwortung des Herrn Bundesarbeitsministers ein. Wie lange glaubt man, solche Zustände der Öffentlichkeit gegenüber noch vertreten zu können?"

Greve schliesst seine Stellungnahme mit der Forderung nach einem Mindestlohngesetz und einer Schlichtungsordnung, die auch den meistens nicht organisierten Arbeitgeber zwingt, einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn, der 30 Prozent über dem jetzigen Lohnsatz liegen müsste, auch zu zahlen.

S.N.

Opfer des Stachanow-Systems

sp. Bei einer dieser Tage in Brünn einberufenen Konferenz von Vertretern der tschechischen kommunistischen Gewerkschaft

und der kommunistischen Kreissusschüsse zwecks Steigerung der Produktionsziffern im Sinne des Fünfjahresplans wurde von Seiten des Arbeitsministers und Generalsekretärs der Gewerkschaft, Urban, auch die Forderung aufgestellt, eine eigene Organisation zum Schutz

vor Unfällen zu errichten, da diese in der letzten Zeit ausserordentlich zugenommen haben. Im vergangenen Jahr kam es nach An-

gaben des Ministers zu mehr als 200 000 Arbeitsunfällen. Damit verlor die Produktion, wie der Minister feststellte, 2 200 000 Arbeitstage, sodass man im Durchschnitt für das Jahr einen Gewinnverlust von 4 Milliarden Kronen errechnen müsse.

Mit keinem Wort wurde auf dieser Tagung zugegeben, dass nur das Stachanow-System mit seiner Ausschöpfung der menschlichen

Arbeitskraft bis zum letzten und der damit verbundenen mangelnden Pflege des Maschinenparks zu einer so katastrophalen Gefährdung

des arbeitenden Menschen führt. Doppelt bezeichnend erscheint die Tatsache, dass die damit verbundene Gefährdung von Heib und

Leben des Arbeiters auf dieser bolschewistischen Gewerkschafter-Konferenz mit keinem Wort erörtert, mit keiner Silbe des mensch-

lichen Bedauerns verzeichnet wurde. Es wurde im Gegenteil nur vorgerechnet, um wieviel die gebrochenen Gliedmassen, die zer-

schlagenen Schädel den Gewinn dieser staatskapitalistischen Spekulantenschmäälern.

-o-o-o-

Die Elsässer wollen auch Deutsch lernen

A.F. Wenn auch im Elsass noch zahlreiche Zeitungen in deutscher Sprache erscheinen, so wird doch Hochdeutsch seit Kriegsende in den Volksschulen nicht mehr gelehrt, und es verlor auch den Charakter der zweiten Amtssprache. Seit einiger Zeit sind ernsthaftige Bemühungen im Gange, den Vorkriegszustand wieder herzustellen, d.h. die deutsche Sprache neben der französischen wieder in ihre Rechte einzusetzen. Entsprechende Wünsche wurden sowohl vom Stadtrat von Strassburg wie vom Generalrat des Departements Bas-Rhin den Behörden unterbreitet.

-o-o-o-o-

Nachrichten aus der Ostzone:Deutsche Kinder sollen nach Polen

sp. Auf Vorstellung der polnischen Mission bei der sowjetischen Kontrollkommission in Berlin wurde das ostzonale Innenministerium angewiesen, unverzüglich alle Waisen- und Adoptivkinder, die aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Stammen und nach 1945 nach Deutschland gekommen sind, listenmässig zu erfassen, da die polnische Regierung beabsichtigt, alle diese Kinder nach Polen zurückzuholen. Bedingung sei, dass einer der beiden Elternteile polnischer Abstammung ist. Es ist jedoch anzunehmen, dass die polnische Regierung alle Kinder nach Polen zu nehmen beabsichtigt, die sich irgendwie erfassen lassen. Die Anweisung an das Innenministerium trägt den Vermerk: Streng geheim!

Zuchthaus wird KZ

sp. Nach Häftlingsberichten wurden seit der Entlassungsaktion aus dem KZ Buchenwald insgesamt 1 600 Häftlinge von der NKWD in das Zuchthaus Gräfenthona gebracht. Der C-Flügel dieses Zuchthauses musste nach einer Besichtigung durch NKWD-Offiziere von den dort befindlichen Gefangenen geräumt werden. Nach der Belegung mit Häftlingen aus dem Konzentrationslager Buchenwald wurde der Flügel völlig isoliert, er wird seither durch NKWD-Soldaten bewacht. Als Kommandant dieses Flügels wurde der Weimarer NKWD-Oberleutnant Popotschew eingesetzt. Diese Regelung widerspricht dem seinerzeitigen Befehl des Chefs der Sowjetischen Kontrollkommission Tschuikow über die Auflösung der Konzentrationslager. Darin hiess es, ein Teil der KZ-Häftlinge solle der deutschen Justiz zur Strafverbüßung übergeben werden.

Ehemalige Flieger werden registriert

sp. In einem Rundschreiben des Zentralsekretariats der SED an alle Kreisvorstände werden diese angewiesen, gemeinsam mit den Kreispolizeidämtern alle ehemaligen Angehörigen der deutschen Luftwaffe neu zu registrieren. Zahlreiche solcher Personen wurden bereits in einigen Städten zur Kreispolizei bestellt und dort von einem sowjetischen Offizier über ihre Tätigkeit bei der deutschen Luftwaffe und ihre technischen Kenntnisse verhört. Es wird angenommen, dass diese neue Erhebung im Zusammenhang mit den sowjetischen Plänen steht, im Rahmen der Volkspolizei eine luftfahrttechnische Ausbildung in verstärktem Maße zu betreiben. Die praktische Ausbildung erfolgt auf sowjetischen Flugzeugen und unter Aufsicht sowjetischer Fluglehrer.

-o-o-o-o-o-o-o-

Verantwortlich: Peter Raunau